Drucksache 20/730

Neufassung 20.06.11

20. Wahlperiode

Antrag

der Abgeordneten Kersten Artus, Dr. Joachim Bischoff, Heike Sudmann, Norbert Hackbusch, Dora Heyenn, Cansu Özdemir, Christiane Schneider und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)

Betr.: EHEC-Erkrankungen in Hamburg

Der Öffentliche Gesundheitsdienst hat unter anderem die Aufgaben und soziale Verantwortung, die Gesundheit der/des Einzelnen und damit der Bevölkerung zu schützen, Epidemien einzudämmen und zu verhüten sowie zur gesundheitlichen Versorgung beizutragen. Bund und Länder arbeiten im Gesundheitsschutz verzahnt zusammen: Das Robert Koch-Institut (RKI) ist als Bundesinstitut im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die zentrale Einrichtung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krankheitsüberwachung und -prävention. Kernaufgaben des RKI sind die Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten, insbesondere der Infektionskrankheiten. Es informiert und berät auch die Fachöffentlichkeit sowie zunehmend auch die breitere Öffentlichkeit. Im Hinblick auf das Erkennen gesundheitlicher Gefährdungen und Risiken nimmt das RKI eine zentrale "Antennenfunktion" im Sinne eines Frühwarnsystems wahr.

Es ist zwingend für den Gesundheitsschutz, dass die Landes- und Bundeseinrichtungen des Gesundheitssystems in Anbetracht der Herausforderungen, der Dynamik und Schwere der EHEC-Erkrankungen schnell reagieren und wirkungsvolle Managementstrategien angewendet werden. Unter Bezugnahme auf das Infektionsschutzgesetz und das Hamburgische Gesundheitsdienstgesetz ist es erforderlich, eine schnelle und gründliche Analyse der Ereignisse der vergangenen Wochen vorzunehmen und gegebenenfalls Korrekturen und Konkretisierungen bei der Umsetzung dieser Gesetze vorzunehmen.

Die Bürgerschaft möge deshalb beschließen:

Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft umgehend zu berichten,

- welche geltenden Rechtsvorschriften und Ausführungsbestimmungen geändert oder verschärft werden müssen, um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu verbessern,
- 2. ob zeitliche Vorgaben für die Übermittlung von meldepflichtigen Krankheiten, Todesfällen und Nachweisen von Krankheitserregern und die derzeit dafür verwendeten Datenträger und Datenübermittlungswege noch ausreichen,
- 3. wie Wissenschaft und Forschung am Standort Hamburg finanziell ausgestattet werden müssen und in welchen Bereichen besonders, um den Schutz der Bevölkerung vor multiresistenten Keimen zu optimieren.
- 4. ob und inwiefern die Bedenken der EU-Kommission über das bundesdeutsche und hamburgische Krisenmanagement berechtigt sind,
- ob die Rückverfolgbarkeit der Produktions- und Lieferkette von Lebensmitteln gemäß EU-Verordnung jederzeit gewährleistet ist,

Drucksache 20/730 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 20. Wahlperiode

- 6. welche Auswirkungen widersprüchliche Verbraucherwarnungen auf die gesunde Ernährung der Menschen und auf die Glaubwürdigkeit der Politik haben,
- wie sich die Aufstellung und Realisierung von Kontrollplänen der Lebensmittelaufsicht sowie das Verhältnis der Anzahl der Lebensmittelkontrolleure und -kontrolleurinnen zur Einwohnerzahl und den Verbrauchermengen darstellen,
- 8. welche Personalausstattung und Personaldichte pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Öffentlichen Gesundheitsdienst vorzufinden sind,
- wie viele und welche konkreten Stellen im Gesundheitsamt, in der Lebensmittelkontrolle und dem Hygieneinstitut aktuell nicht besetzt sind und seit wann, und welche Aufgaben dadurch nur unzureichend erfüllt beziehungsweise von anderen Personen kompensiert werden müssen beziehungsweise gar nicht erledigt werden können.
- 10. wie es sich mit der Personaldichte der Hamburger Gesundheitsämter im Ländervergleich, untergliedert in Sachgebiete, verhält,
- 11. wie sich die Personalstruktur der Hamburger Gesundheitsämter im Vergleich untereinander gestaltet,
- wie viele amtliche Proben seit Bekanntwerden der EHEC-Infektion am 18. Mai 2011 bei welchem Gemüse und anderen Lebensmitteln, Wasser et cetera genommen wurden.
- 13. in welcher Höhe Kosten für die Einrichtungen und Kostenträger anfallen werden,
- in welcher Höhe Überstunden beim eingesetzten Personal in Ämtern, Behörden und Krankenhäusern seit Mitte Mai 2011 angefallen sind.